Josef Wöss

EINLEITUNG

Seit geraumer Zeit stehen die öffentlichen Alterssicherungssysteme unter kritischer Beobachtung. Laufend hinterfragt wird z. B. die langfristige Finanzierbarkeit des dort praktizierten Umlageverfahrens. Sowohl national als auch auf EU-Ebene werden regelmäßig Studien erstellt, in denen die Perspektiven bis weit in die Zukunft ausgelotet werden.[1]

In auffallendem Kontrast dazu steht, dass es keine vergleichbaren Arbeiten zur Nachhaltigkeit kapitalgedeckter Systeme gibt. Mit welchen Kosten muss gerechnet werden, wenn ein bestimmtes Sicherungsniveau mittels Veranlagung des Pensionskapitals erreicht werden soll? Was geschieht, wenn die einkalkulierten Veranlagungserträge nicht erreicht werden? Werden die Betroffenen in der Lage sein, die erforderlichen Beiträge bzw. Prämien aufzubringen? Wer haftet bei einem Einbruch der Börsenkurse? Welche Risiken bestehen hier für die öffentlichen Budgets? Wie nachhaltig sind die Finanzmärkte?

Die spärliche Auseinandersetzung mit derartigen Fragen verwundert. Im OECD-Raum waren 2013 unvorstellbare 36.000 Mrd. US-Dollar an privatem Pensionskapital veranlagt. Und rund um den Globus wird der weitere massive Ausbau kapitalgedeckter Systeme propagiert – nicht nur durch interessierte Finanzdienstleister, sondern z. B. auch von internationalen Organisationen wie Weltbank, OECD oder auch EU-Kommission.

Auch bei uns werden vor allem die heute Jüngeren mit der Botschaft umworben, materielle Sicherheit im Alter könne nicht mehr durch öffentliche Systeme, sondern – besser und sicherer – durch das Ansparen von Pensionskapital erreicht werden.

Im vorliegenden Heft der AK-Schriftenreihe „Sozialpolitik in Diskussion“ werden derartige Behauptungen kritisch hinterfragt. Die Ergebnisse sollten den VerfechterInnen von „mehr Kapitaldeckung und weniger Umlage“ bzw. von „mehr privat und weniger Staat auch in der Alterssicherung“ zu denken geben: Die vermeintlichen Vorteile privater kapitalgedeckter Systeme halten einer näheren Überprüfung nicht stand und können sich, z. B. bei Einbruch der Finanzmärkte, leicht ins Gegenteil verkehren.

Bestätigt wird damit die Position von AK und ÖGB: Betriebliche und private Altersvorsorge können als Ergänzung zu den gesetzlichen Leistungen Sinn machen, eine kostengünstigere und sicherere Alternative zur staatlichen Pension können diese auf Kapitalansammlung gestützten Vorsorgeformen jedoch nicht bieten.

Im einleitenden Beitrag von *Agnes Streissler* werden die Erfahrungen mit kapitalgedeckten Systemen in vier Ländern analysiert. Der ernüchternde Befund ist, dass damit keine Kosten gespart, sondern diese bestenfalls verschoben wurden.

Josef Wöss untersucht das Verhältnis zwischen öffentlicher und ergänzender privater und betrieblicher Alterssicherung und geht auf die Perspektiven in Österreich ein. Er kommt zu dem Schluss, dass ein starkes öffentliches System auch für die heute Jüngeren die beste Form der Alterssicherung darstellt.

[1] Siehe z. B. den „Ageing Report“ der EU-Kommission und das Langfristgutachten der österreichischen Pensionskommission.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 17/2015: Seiten 4–5

Christine Mayrhuber weist darauf hin, dass Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen das Fundament sowohl der gesetzlichen als auch der betrieblichen und privaten Alterssicherung bilden. Gefordert wird, dass Reformen der Alterssicherung an diesem Fundament, also am Arbeitsmarkt, ansetzen.

Florian Blank schildert die Situation in Deutschland und zeigt, dass die – nach Absenkung der gesetzlichen Renten und schlechten Erfahrungen mit der privaten „Riester-Rente" – nunmehr angestrebte Stärkung der Betriebspensionen etliche bisher nicht gelöste Probleme mit sich bringt.

Erik Türk und *David Mum* zeigen in ihrem ersten Beitrag, dass jedes Pensionssystem letztlich ein Transfersystem von den jeweils Erwerbstätigen zu den PensionistInnen ist und dass durch mehr Kapitaldeckung nicht mehr Sicherheit erzeugt werden kann als durch eine umlagefinanzierte Pflichtversicherung, die die gesamte Volkswirtschaft umfasst.

In ihrem zweiten Beitrag hinterfragen *Erik Türk* und *David Mum* die von der OECD verwendeten Renditesimulationen zur Abschätzung der künftigen Leistungskraft kapitalgedeckter Systeme und zeigen auf, dass die veranschlagten Werte viel zu hoch angesetzt sind.

In ihrem dritten Beitrag analysieren *David Mum* und *Erik Türk* den „Global Pension Index" von Mercer sowie den „Pension Sustainability Index" der Allianz Gruppe und zeigen, dass die jeweils verwendeten Indikatoren für eine sachliche Einschätzung von Alterssicherungssystemen völlig ungeeignet sind.

Christian Prantner wirft einen kritischen Blick auf Produkte der privaten Altersvorsorge und kritisiert u. a., dass in Beratungen häufig Verkaufsaspekte dominieren. Gefordert werden u. a. standardisierte Informationsblätter für alle angebotenen Produkte.

Ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der einzelnen Beiträge findet sich im rot unterlegten Mittelteil des Heftes.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 17/2015: Seiten 4–5